



Präsentation der Cyber-Risikoanalyse: Prof. Karl Rose, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, KSÖ-Präsident Erwin Hameseder.

Nationale Cyber-Risikoanalyse

Innenministerin Mag.^a Johanna Mikl-Leitner stellte am 15. Mai 2012 in Wien mit dem Strategie-Experten Prof. Karl Rose eine Cyber-Risikoanalyse für Österreich vor.

Die Sicherheit im Cyberspace ist ein Rechtsgut, das mit allen rechtsstaatlichen Mitteln geschützt werden muss. Es freut mich, dass die österreichische Bundesregierung am 15. Mai 2012 den Beschluss gefasst hat, bis Ende 2012 eine nationale Cyber-Sicherheitsstrategie vorzubereiten“, sagte Innenministerin Mag.^a Johanna Mikl-Leitner bei der Vorstellung einer Cyber-Risikoanalyse für Österreich. „Die Risikoanalyse benennt dafür klare Handlungserfordernisse“, betonte Mikl-Leitner.

In den vergangenen Monaten wurde unter Einbindung von Expertinnen und Experten aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft unter Federführung des Kuratoriums *Sicheres Österreich (KSÖ)* eine Cyber-Risikoanalyse für Österreich erstellt. Dabei

werden Risiken aus der Sicht von Vertretern verschiedener strategischer Infrastrukturektoren bewertet. Die Analyse leistet einen wichtigen Beitrag zur Erstellung der nationalen Cyber-Sicherheitsstrategie.

Informationsverbund. „Die Idee, ein Cyber-Lagebild aller beteiligten Behörden und Unternehmen zu erstellen, ist ein sinnvoller Vorschlag. Wir müssen aus Erfahrungen lernen und daraus Lehren für die Sicherheitsvorsorge der Behörden und Unternehmen ziehen“, sagte die Innenministerin. Der Zusammenarbeit im Umgang mit Cyber-Risiken komme dabei eine zentrale Rolle zu. „Ein gemeinsamer Informationsverbund von Behörden und Unternehmen ist die notwendige Basis für ein starkes Miteinander. Wechselsei-

tiges Vertrauen und der partnerschaftliche Austausch von Informationen sind dabei der Schlüssel des Erfolgs.“ Zunächst seien Zuständigkeiten und Ansprechpartner zu regeln sowie die Rechtssicherheit für den Informationsaustausch zwischen Behörden und Wirtschaft sicherzustellen.

„Cyber-Sicherheit sollte durch die Behörden mit Verhaltensanreizen gefördert werden“, sagte die Innenministerin und schlug ein Programm zum Personalaustausch zur Förderung der Cyber-Sicherheit vor. „Wirtschaftsvertreter und staatliche Partner müssen das Schrebergartendenken weit hinter sich lassen. Der Austausch über den jeweiligen Tellerrand hinweg ist für die Arbeit an der nationalen Cyber-Sicherheitsstrategie unerlässlich“, erklärte Mikl-Leitner.